

# Gattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Lebergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge usw.  
 Publikationsorgan der Berufsrankenfassen

Inseratetopf. d. 4. Spalt. Nonp.-Zeile 100 Mt. f. Stellenangeb., 150 Mt. f. Sachwertangeb.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b<sup>m</sup>  
 Fernsprecher: Amt Westlich Nr. 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 60 Mt. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

## Un unsere Mitglieder!

Der Vorstand hat sich in seiner Sitzung am 20. März nochmals sehr eingehend mit der Frage der Abhaltung des Verbandstages beschäftigt und zu den eingelaufenen Anträgen auf Vertagung Stellung genommen. Der Verbandsaus-schuss ist gleichfalls befragt worden, und hat sich dieser einstimmig für Abhaltung des Verbandstages ausgesprochen.

Der Vorstand tritt geschlossen dieser Auf-fassung bei und bleiben demzufolge alle dies-bezüglichen Vorbereitungen in Kraft.

Einhellig war die Meinung, daß aus finan-ziellen Gründen eine Vertagung nicht eintreten darf, und könnten nur politische Momente in Frage kommen. Hierüber eine Entscheidung zu-treffen, dürfte heute als verfrüht bezeichnet wer-den und könnte diese frühestens im Mai erfolgen.

Wir bitten also, sich nach wie vor auf die Abhaltung des Verbandstages einzurichten und alle diesbezüglichen Publikationen zu beachten.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand. J. A.: B l u m.

## Offern!

Schneelast bedrückt Berg und Tal  
 Und hielt die Reime gefangen.  
 Nun kam der gold'nen Sonne Strahl,  
 Bald wieder die Erde wird prangen.

So halten Tyrannen die Völker auch,  
 Die Freiheit der Menschen darnieder.  
 Da bist nur mächt'ger Begeisterung Hauch,  
 Soll erlarken sie kräftig wieder.

Wie dem Winter folgt des Venzes Pracht,  
 Befreit durch die Strahlen der Sonne.  
 So folgt für uns Menschen nach der Knecht-  
 schaft Nacht

Der Freiheit selbige Wonnet

Der Frühling hält seinen Einzug, die Knos-pen schwellen, der Lebenssaft durchpust auf's neue mit urwüchsiger Kraft alle Pflanzen und Geschöpfe, die diese Erde beleben. Sonne, Wärme, Freude, neues Leben, Licht wird es wie-der! Sonnensicht und Wärme sind die Kraft-spender in der Natur; ihnen muß Kälte und Finsternis unbedingt weichen.

So ist es auch im Kulturleben der Völker. Die Geschichte der Menschheit ist uns Lehr-meister. Es hat finstere Zeiten gegeben, die Men-schen haben sich nach allen Regeln der Kunst gegenseitig das Leben zu vereiteln gemußt, statt es sich zu erleichtern und angenehm zu machen. Der Weg der Menschheitsentwicklung ist bornen- und schmerzreich gewesen, und er ist noch nicht zu Ende. Trotz aller Erfahrungen aus der Vergangenheit herrscht unter den Menschen noch immer der alte Trieb, sich gegenseitig das Leben zu verbittern, einander zu vernichten. Vom Kampf um den besten Futter- und Weideplatz der Familien und Stammesgemeinschaften unter-einander, reißt sich Glied an Glied zu einer end-

losen Kette von Kämpfen um die Schätze, die uns Menschen die Erde spendet.

Unter der Fahne nationalistischer Sonder-interessen sehen wir, wie die Völker sich gegen-seitig zu vernichten suchen. Mit allen Mitteln und Waffen moderner Wissenschaft und Technik suchen die herrschenden Kreise der einzelnen Völ-ker, den größtmöglichen Anteil zu erraffen, um es für ihre speziellen Privatwede in erster Linie zu sichern und ihren Nachkommen zu hinterlassen.

Die Enteignung der großen Volksmasse an dem Besitz von Grund und Boden nimmt immer größeren Umfang an. Ebenso schwillt die Kon-zentration des Besitzes in immer weniger Hän-den an. Trotzdem sieht jeder denkende Mensch, daß sich gleichzeitig ein Umwandlungsprozeß vor-bereitet. Die Menschheit wird zwar langsam aber doch sicher und unwiderrstlich hellsehender, feinhöriger. Der dumpfe Druck, der wie eine unge-heure Schneelast auf der Menschheit liegt, wird in dem Tempo weichen, wie wir es verstehen sein Schmelzen zu beschleunigen.

So wie die Sonnenwärme den Schnee zum Weichen zwang und alles neu belebt, so muß unsere Geisteskraft, die Wärme unseres Herzens, die Gleichgültigkeit, die Unwissenheit und Teil-nahmlosigkeit erlöten, die auch noch so viele Men-schen beherrscht.

Auf dich, du junges, heranwachsendes Ge-schlecht, hoffen wir! Wir erwarten, daß du dir nicht entziehen läßt, was bisher mühsam auf-gebaut wurde, um die Bande, in welche die Menschheit geschlagen wurde, zu zerreißen.

Raum für alle hat die Erde, ebenso wächst Brot genug für alle Menschenkinder und was sonst noch erforderlich ist. Das neue Geschlecht muß mit dem Wahn fertig werden, daß Armut und Knechtschaft ein gottgewolltes Verhängnis sei. Rein, es sind die Früchte ungerechter men-schlicher Einrichtungen, eines falschen Systems.

Die organisierte Arbeiterschaft hat bereits tiefe Breschen in dieses kapitalistische Aus-beutungsbollwerk gerissen. Doch immer wieder gelang es ihnen, den Ausbeutern den gründlichen Umbau zu verhindern und neue Existenzmöglich-keiten zu finden.

Zu Hilfe kommt den Reaktionären stets die Unwissenheit und Gleichgültigkeit, in der leider nur noch allzu viele unserer Volksgenossen stecken. Nur mit gesunder Denkraft begabt ist, der darf dem nicht mehr länger untätig zusehen. Un-zählige edle Menschen haben sich begeistert in den Dienst der Menschheitsbefreiung aus unwürdiger Knechtschaft gestellt. Das geistige Vermächtnis der großen Vorkämpfer des Sozialismus durch-bringt wie ein Flutbild alle Gesellschaftsschichten, dem sie sich nicht mehr entziehen können.

Die Auferstehung bereitet sich vor; sorgen wir dafür, daß sie sich bald vollziehen kann. Dazu ist vor allem notwendig, daß jeder selbst die bisher beliebte Gleichgültigkeit ablegt. Er muß selbst Weder sein, der die Flauen aus ihrer Apathie aufstört und ihnen klarmacht,

welche Aufgaben wir gemeinsam im Interesse der Menschheit lösen müssen.

Herzenswärme, Geisteskraft, Wissensmacht müssen die Starrheit und Eisesfälle der Arbeits-stehenden erweichen, damit erfüllen wir die schönste Menschenpflicht und unser Dasein er-hält Zweck und Ziel.

In diesem Sinne wollen wir auferstehen zu neuem frischen Leben. In diesem Geiste wollen wir fortan leben und kämpfen gegen alle überlebte Zustände. Nur durch eigene Kraft können wir freie Menschen werden. In diesem Sinne allen ein fröhliches Ostern, trotz alledem!

## Colalbeitragsfragen.

In Nr. 8 unseres Verbandsorgans tritt Kollege Schöffel, Rothenburg, für Beseitigung des Zweiklassen-systems innerhalb unseres Verbandes ein. Er schreibt, die Nachteile dieser Methode sind klar ersichtlich, und die Hauptkaffe werde um die Colalbeiträge gekürzt. Kollege Schöffel wünscht eine Beitragsabgabe, wie sie neuerdings im Metallarbeiter-, Transportarbeiter- und Porzellanarbeiterverband zur Einführung gekom-men ist. Er macht dem Beirat den vollständig un-berechtigten Vorwurf, das bestehende System noch ausgebaut zu haben. Daß dieses aber nicht zutrifft, kann man mit Beichtigkeit errednen, wenn man das prozentuale Verhältnis von Colalbeitrag und Zen-tralbeitrag vor dem Kriege und heute vergleicht. Früher war es möglich, daß Colalzuschläge in der Höhe bis zu 50 Proz. des Zentralbeitrages er-hoben wurden. Heute sind es im allerhöchsten Falle nur 25 Proz., da ja jetzt eine Höchstgrenze festgelegt worden ist. Er schreibt weiter: Die Aufhebung der Colalbeiträge würde die lokalen Unterstützungen be-seitigen. Welche lokale Unterstützungen haben wir denn noch? Durch Beschluß des Verbandstages von Halle (laut Protokoll Seite 59 vorletzter Absatz) kann nur die Streikleitung durch lokale Mittel ein wenig erhöht werden, weitere lokale Unterstützungen gibt es nicht. Die Auffassung des Kollegen Schöffel, durch Beseitigung der Colalbeiträge würde eine Stärkung der Hauptkaffe in großem Ausmaße möglich sein, trifft auch nicht zu; denn es mühte eine ganz gewaltige Aenderung an unserem Statut vorge-nommen werden. Die Sätze, welche nach § 13 Ziffer 5 den Ortsverwaltungen überlassen werden, mühten ganz bedeutend erhöht werden. Unter Umständen würde die Hauptkaffe gezwungen sein, die Besoldung sämtlicher Ortsangestellten zu übernehmen.

Bei klarer ruhiger Berechnung ist ersichtlich, daß eine nennenswerte Steigerung der Einnahmen der Hauptkaffe nicht stattfindet. Für die einzelnen Orts-verwaltungen würden sich Vorteile auch nicht ergeben, im Gegenteil, es entfielen sehr große Schwierigkeiten in der Beschaffung der Mittel, welche für die örtlichen Zwecke benötigt werden.

Die steigende Geldentwertung belastet auch die Ortsausschüsse des ADGB. derartig, daß die Erhal-tung der Einrichtungen mit sehr großen Opfern ver-bunden ist. Es mühten daher ziemlich hohe Kartell-beiträge erhoben werden. Die Möglichkeit, diese aus den der Ortsverwaltung zur Verfügung stehenden Beitragstellen zu decken, besteht nach Beseitigung der Colalassen nicht mehr. Es mühten daher schon einige Ortsverwaltungen der Porzellanarbeiter sowie Metall-arbeiter dazu übergehen, neben dem Verbandsbeitrag noch einen Kartell- oder Sekretariatsbeitrag zu er-heben.

Sollen wir daher die Lokalbeiträge befestigen, um sie in viel unständlicher Form wieder einzuführen? Wollen wir die letzten Rechte unserer Mitglieder in der Beitragsfestsetzung befestigen, um dafür ein System einzuführen, dessen Nachteile sich schon jetzt in so trauriger Form zeigen?

Wenn man eine derartig einschneidende Aenderung unseres Verbandsstatutes vorschlägt, ist es notwendig, daß man die Nachteile des Bestehenden besser herausarbeitet, die Vorteile des Begehrten richtig begründet und den Nachweis erbringt, daß es für Zentralkasse und Ortsverwaltung günstig ist. Solange dies nicht der Fall ist, gibt es nur eins: Hände weg von der bewährten Einrichtung unserer Lokalkassen.

Brig Feidler, Seib.

In Nr. 9 antwortete Kollege Bühler-Heilbronn auf meine Ausführungen in Nr. 8. Unschlüssigerweise behauptet er, ich hätte eine Klade geritten, ich dagegen betrachte seine, um den Kern der Sache herumgehenden Ausführungen, als einem Stedenpferdritt. Mir hat es ferngelegen, zu attackieren, ich wollte nur meine Meinung zum Ausdruck bringen. Daß meine kurzen Zeilen falsch aufgefaßt werden können, gebe ich zu, ich lasse es mir aber nicht abtreiben, daß der heutige Zustand schädlich ist für das Gesamtinteresse. Bühler hat recht, wenn er sagte, die Lokalkassen haben Gutes geleistet — aber doch nur für jene, die am Orte sind, wo solche bestehen. Ich stelle mich auf den Standpunkt, daß die Hauptverwaltung den Beitrag in der Höhe eines Stundenlohnes festzusetzen hat und daß derselbe auch seinem Zweck zugeführt wird. Hoffstelle Rothenburg hat seit einem Jahr die Lokalzuschläge eingeführt, weil wir sehen, daß andere Hoffstellen diesen Betrag für sich behalten und dabei indirekt die Hauptunterstützung kürzen. Also, auch uns stehen die Begünstigungen zu, wie Kollege Bühler schreibt, trotzdem bedenken wir offen, daß dieser Zustand ungesund ist. Ein Beispiel: Die Ortsverwaltungen A. und B. haben einen Stundenlohn von 1000 M. Laut Beschluß des Rates sind beide verpflichtet, 1000 M. Beitrag zu zahlen. Nun erhebt die Ortsverwaltung A. einen Lokalbeitrag wie ihn der Beitrag vormalig hat, nämlich 200 M. Es liefert also 800 M. Hauptbeitrag ab. Die Ortsverwaltung B. hat aber keinen Zuschlag erhoben, liefert also 1000 M. Hauptbeitrag ab. Nun kann doch der Hauptkassierer nicht im voraus wissen, wie die Sache läuft, wenn man mein Beispiel vervollständigt, darum, Kollege Bühler, ist der Zentralvorstand auch „finanztechnisch vorsichtig“ für mich ist klar, daß bei Aufstellung der Unterstüttungen der Hauptkassierer nur 800 M. zugrunde legen kann. Also steht fest, daß die Ortsverwaltung B. um ein Fünftel der Unterstüttungen gekürzt werden muß. Im übrigen gibt der Kollege selbst klar zu, daß das Verhältnis von der Beitragszeit gegen heute zu traurig ist. Wenn letztes Kassationsverfahren besser wirken sollen als eine Kassationsversammlung nach Meinung Bühlers, dann dürfen wir bald zusammenpacken. Ausgenommen diejenigen, die wirklich in Not sind, aber alle, die durch diese Kassationsmethode zu uns kommen, sollen lieber gleich fern bleiben, denn wir sind kein Unterstützungsverein, sondern unsere Beiträge sollen den Charakter eines Kampffonds haben gegen das Unternehmertum.

Nun schreibt Kollege Bühler in einem Atemzuge von dem ungeliebten Arbeit und Portokassen, die dabei entstehen werden, ferner stellt er sich die Frage: „Wie würde sich die Behandlung der angeführten Fälle gestalten, wenn der § 35 wirklich erweitert würde“. Nun sehr einfach, Kollege, der genaue Paragraph würde ungeändert nach meiner Meinung folgende Fassung erhalten müssen: „In besonderen Fällen sind die Ortsverwaltungen ermächtigt, Unterstüttungen von — bis — Mark zu gewähren“.

Durch diese kurzen Worte würden wir das Zwelkassensystem ohne Bedenken befestigen können, ferner würde die Hauptkasse ein klareres Bild haben als bisher. Die Unterstüttungen würden eine ansehnliche Erhöhung erfahren können und die wirklich in Not geratenen würden genau so fahren, wie das bei dem Lokalbeitrag der Fall war. Kein ausführlicher Bericht über den Kollegen „Dehmann“ ist notwendig, Papler, Porto usw. werden eripart und der Kollege Bühler braucht sich auch keinen Hofenboden durchrutschen.

Konrad Schäffel, Rothenburg o. T.

**Zum Verbandstag.**

Zu der Frage, ob der Verbandstag abgehalten werden soll oder nicht, liegen uns noch eine Reihe längerer Zuschriften vor. Da jedoch der Verbandsvorstand und Ausschuß beschließen haben, den Verbandstag abzuhalten, ist es zwecklos, bei den beschränkten Raumverhältnissen diese Zuschriften noch abzudrucken. Die Redaktion.

**Wie wird die Verbandsarbeit gestört?**

Auf die letzte Berliner Generalversammlung paßt vorzüglich ein redaktioneller Artikel als abschredendes Beispiel unter obiger Ueberschrift. Das zwingt auch mich, einige Reminiscenzen daran zu knüpfen. Seit Jahren vergeht keine Generalversammlung, die, falls sie nicht durch geschäftliche Angelegenheiten voll ausgefüllt wurde, durch eine vom Jaun gebrochene politische Rede eines radikalen Kollegen, in letzter Zeit war es fast regelmäßig der Kollege Schröder, in eine häßliche Kampfschne auseinander. Die Ortsverwaltung legt schon selten ein bildendes Referat auf die Tagesordnung. Gesehe es dennoch, wie z. B. beim Thema: „Soziale Bauhütten“, so muß der Referent nach Hause geschickt werden, weil sonst einige Kollegen ihre Angriffe gegen den ADGB. und die BGD. nicht vom Stapel lassen könnten. Wenn aber nichts getan werden kann, um die Kollegen solidarisch und genossenschaftlich zu bilden, dann hat man wieder um so mehr Bruno, auf die Bongen zu schimpfen, weil nichts für die Arbeiterschaft getan wird. In dasselbe Fach gehört auch die des öfteren abgelehnte Unterstüttung unserer Arbeitslosen, wie zu Weihnachten. Auch hier sind es regelmäßig dieselben Artikel, die gegen jede Unterstüttung, mit Ausnahme der für Streik, weitem, damit wieder bei den Arbeitslosen und sonstigen Unterstütteten die Unzufriedenheit gegen die Bongen steigt, die sich angeblich nur eine mäßige Stellung schaffen. Nachher können sie nach ihr goldenes Herz hervorkehren und sagen, die anderen haben es abgesehen. Ich behaupte im Gegenteil, das Gros der Mißläufer der radikalen Kollegen glaubt am wenigsten an die himmelsflügelnden Ideen der Redner, denen sie Beifall zollen, ihr Ideal ist vielmehr, den verhassten Verband zu zerstören, damit sie die Beiträge sparen. Nach uns die Einstuß kommt der Idealstaat nicht, so werden wir uns auch durch Liebedienerei und Afford im Obrigkeitstaat durchsetzen. Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen. Es gibt selbstverständlich ehrliche Kollegen auch unter den Radikalen, die diese Hintergedanken entrisst zurückweisen. Um so mehr sollten sie helfen, den Anfängen zu wehren.

Es ist daher höchste Zeit, daß die Berliner Kollegen sich auf sich selbst besinnt, damit bildende genossenschaftliche und genossenschaftliche Themen wieder im Vordergrund auf den Tagesordnungen stehen. Die politischen Auseinandersetzungen gehören vor das Forum der politischen Versammlungen.

A. Martens.

**Ueberzeugung oder Suggestion?**

Zu wiederholten Malen hat unser Verbandsorgan Stellung genommen zu der durch die Ruhrbelegung geschaffenen Situation. Diese Tatsache an und für sich wäre nicht besonders weltbewegend, wenn nicht die Art und Weise, wie dies geschieht, zu höchstem Widerspruch herausfordern würde.

Kann ich so im Laufe der Jahre allerhand gewohnt geworden, denn die Haltung unserer Verbandsleitung aus der Kriegszeit ist noch nicht vergessen. Derselben Linie sind es, die einem heute wieder aus deren Spalten entgegenstinken. Genau wieder aus damals in der „großen Zeit“ versucht man der Arbeiterschaft einzureden, daß es innerhalb des kapitalistischen Staates so etwas wie eine Volksgemeinschaft zwischen den Klassen gebe.

Diese Art der Propaganda hat im Jahre 1919 auf dem Verbandstag der Sattler in Nürnberg, sowie dem der Tapezierer in Leipzig schärfste Kritik erfahren vor einer Opposition, die die Hälfte der Mitglieder umfaßte. Und es war damals der Kollege Blum, der der Kritik der Opposition die Worte entgegensetzte, die Karl Marx an den Schluß des Vorwortes zur ersten Ausgabe seines Kapitalis stellte: „Segni il tuo corao, e lascia dir le genti“. „Beh deinon Weg und laß die Leute reden“. Vielesham als Programm für die fernere Tätigkeit der Verbandsleitung haben mir diese Worte damals geungen. Und es scheint, als ob man heute in einer Situation, wo der 4. August 1914 aus neue vor der Arbeiterschaft steht, denselben Weg gehen will.

Was ist seit dem Logen des September 1919 vor sich gegangen, 3 1/2 Jahre sind dahin, Jahre der Not und Entbehrung für das deutsche Volk, für die arbeitende Bevölkerung, das ist nachdrücklich unterstrichen. Denn in diesen Jahren, wo die Arbeiterschaft tagtäglich mehr der Verelendung anheimfällt, hat die beherrschende Klasse, das Unternehmertum, Kräfte auf Profite eingesetzt, hat sie die Ausbeutung der Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr verschärft. Die Belastung der Arbeiterschaft steigerte sich ins Maßlose, man ersäthe das Einkommen des Arbeiters an der Quelle, der Arbeiter bezieht nicht das Verfügnngsrecht über das, was er in harter 48stündiger Fron erschufet hatte, fürsorglich knüpfte ihm der Vater Staat schon vorher 10 Proz. ab. Man hatte ja einen Krieg verloren, der Feind drückte, verlangte Wiederaufbau, verlangte Reparationen. Und man

zahlte, mehr oder weniger widerstrebend, und sperrte sich mandmal, erklärte die Zahlungsmittel zu sein erschöpft, fügte sich dann dem Zwang und zahlte, man packte den Winderbenneitellen neuen Posten auf und konte. — Die andere, Konte — die durch den Krieg Gewinne über Gewinne erbebelmt hatten, die es verstanden hatten, auch in der Nachkriegszeit sich die Taschen zu füllen.

Und heute, man zählt keine Reparationen mehr. Seit nunmehr acht Wochen hat die schwerfällige, störrische Regierung Cuno ihre Verpflichtungen zur Erfüllung des Versailler Vertrages angefleht, die man Gewalt triumphiert. Poincaré hat seinen lang begehrten Wunsch in die Tat umgesetzt, daß das Diktator besetzt und rückt weiter vor, um sich die nötige Anstalt nach notwendigen Fänder zu schaffen.

Die Stellung der Arbeiterschaft zu diesen Vorgängen herauszuarbeiten, mußte mehr denn je die Pflicht der Gewerkschaften sein. Nichts von alledem, was scheint wiederbegehrt zu sein, in allen Blättern der Gewerkschaften ertönt der Schrei nach der Einheitsfront gegen den äußeren Feind.

Auch der Artikelsschreiber in Nr. 9 unseres Verbandsorgans hat sich diese Aufgabe gestellt.

Als prägnanteste Festsetzung erscheint mir die, daß er sagt: „Die Arbeit internationale hat...“ „Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen vermischt er dann den Sekretär der Internationalen deren Verlangen er vorher festgesetzt, an und ohne daß es in seiner Absicht liegt, aber für der sehen gelernt hat, gar zu offenkundig, wo Voraussetzungen für den Verleger liegen, und er selbst ein Teil der Kraft ist, der mit dem Verleger hat zu diesem Verleger.

Ich hätte keine Veranlassung, für Fimmen Ganze zu brechen, da ich zu seiner sonstigen Tätigkeit in schärfstem Gegensatz stehe. Man soll aber dem Andersdenkenden Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn er die Dinge richtig beurteilt.

Fimmen hat in einer Reihe von Orten vor freigewerkschaftlichen Arbeitern Vorträge über die Ruhrbelegung gehalten; er hat darin festgehalten, die Ruhrbelegung die Fortsetzung des Weltkrieges mit anderen Mitteln ist, um die Vereinigung hochwertiger französischer Erze mit der deutschen Ruhrproble herbeizuführen und damit die durch Krieg nicht erreichte Vorherrschaft Frankreichs Europa aufzurichten. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß sich die Interessen der französischen wie der deutschen Schwerindustrie in dieser Richtung in einer Richtung bewegen und daß die Ruhrbelegung ein Ereignis sei, was beiden Teilen gar nicht unwillkommen sei.

Was nun der Artikelsschreiber zu diesen Feststellungen Fimmens vermag, steigt auf dem folgenden demnach macht er seinem bedrängten Herz Luft:

„Wie ein vernünftiger Mensch solche Geben öffentlich ausdrücken kann, ohne ausgelacht zu werden, ist bezeichnend für die Einstellung in unsrer Kreisen. Um solche Komödie in der Weltgeschichte aufzuführen, ist die Situation doch wirklich nicht getan. Glaubt man der Arbeiterschaft damit Zerstörung ihrer Lebensquellen, die an der Ruhr liegen, schmachtet zu machen.“

Nun wist ich, ihr Duengler und Adingler, ihr tagtäglich auf die deutschen Kapitalisten und den sie bekämpft, welche Unschuldsalämer deutschen Kapitalisten sind.

Wir hat es die Sprache verschlagen. Ich zweifelt nicht, was ich mit diesem Sermon zu tun sollte. Nach reiflicher Ueberlegung habe ich dann meint, die richtige Formel gefunden zu haben, ich dann auch meinem Artikel als Ueberzeugung angefleht habe: Ueberzeugung oder Suggestion? Ich will zunächst noch sagen, daß der Artikel eine Auffassung nach Arbeit des Redaktors ist, und bedeutet meine Fragestellung folgendes: 1. Ist was in dem Artikel, speziell in der von mir benannten Stelle zu lesen ist, die Ueberzeugung des Redaktors, dann haben die Verbandsinstanzen Aufgabe, und wenn sie sich dieser nicht gewachsen fühlen, dann ist die Möglichkeit an der Hand ganz klar und scharf zum Ausdruck zu bringen, derartige Mägen in einer Arbeiterschaft zu haben, die haben können, denn wir wollen nicht, daß „das Leute, die für unser Geld mitgehalten werden, ihre Aufgaben in einer Art und Weise versehen, den Interessen der Arbeiterschaft entgegenläuft“. 2. der Redakteur der Suggestion erliegen, die tagtäglich tagtäglich ausgeht von einer gewissen Seite, ist er schnellstens aus dieser zurückzuverlegen in raube Wirklichkeit, denn es taugt nicht, wenn man an den realen Lasten trauwandeln und verurteilt. Es wäre aber auch fatal, wenn er weiter seinem Zustande verbleiben würde, denn es ist ihm dann passieren, daß er zu spät bemerkt, daß die von ihm am Schluß seines Artikels so propagierte „Einheitsfront“, so wie er sie auf gar nicht befanden hat und er verlegendlich auf falsche Seite geraten wäre.

Ich behalte mir vor, in einer weiteren Abhandlung auf die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge des Ruhrproblems einzugehen.

Erst Dofede, Leipzig.

Es wäre Selbstbeschränkung, auf die vorstehenden Behauptungen und Unterstellungen des nähern einzugehen und mich gegen etwas zu verteidigen, was ich nicht behauptet habe. Was die Reden Fünners anbetrifft, so stimmt mein Urteil, so hart es klingt, mit dem der Instanzen überein, die an erster Stelle berufen sind, sich gegen solche Propaganda zu verwahren. Dofede als Verteidiger eines „Oberbundes der Amsterdamer Internationale“, ein Schaupiel zum Ergötzen. Manche Menschen gehen sonderbare Wege und wählen krasse Mittel, um ihr liebes Ich von Zeit zu Zeit ein Lächeln in Erinnerung zu bringen. Darüber wird gelegentlich noch ein Wort zu reden sein.

Der Achtstundentag in der Industrie.

Aus dem Internationalen Arbeitsamt wird berichtet:

Ein Bericht über die Bestrebungen zur Durchführung des von der Washingtoner Arbeitskonferenz im Jahre 1919 beschlossenen Entwurfs eines internationalen Übereinkommens betreffend den Achtstundentag in der Industrie wurde der vierten Tagung der Arbeitskonferenz (Genf 1922) vorgelegt, der einen Ueberblick über in den meisten Ländern der Welt geltenden gesetzlichen Beschränkungen der Arbeitsdauer in der Industrie sowie der diesbezüglich geplanten Maßnahmen gewährt. Nun hat das Internationale Arbeitsamt noch eine Reihe von Sonderdrucken herausgegeben, welche die industrielle Arbeitszeit in Deutschland, Großbritannien, Italien, der Schweiz, Frankreich und Belgien behandeln. Die Darstellungen sind amtlich durchgesehen und erstrecken sich nicht nur auf die gesetzliche Regelung, sondern auch auf den Inhalt der bestehenden Tarifverträge, soweit diese sich auf die Arbeitszeit beziehen und auf die Ergebnisse statistischer Ermittlungen über die tatsächliche Länge des Arbeitstages in den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft.

Der Achtstundentag ist bisher durch Ausnahmen und genehmigte Ueberstunden nur in sehr geringem Umfange durchgesetzt, während auf der anderen Seite bekanntlich verhältnismäßig zahlreiche Arbeiter weniger als 48 Stunden wöchentlich arbeiten.

In der Schweiz ist bereits im Sommer 1919 ein Bundesgesetz erlassen worden, das für die Fabriken die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit festlegt. Eine Novelle vom 1. Juni 1922 hebt die Verlängerung auf 54 wöchentliche Arbeitsstunden in Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen oder beim Vorliegen anderer triftiger Gründe vor. Die tägliche Arbeitsdauer soll nicht zehn Stunden überschreiten. Das Volksbegehren gegen diese Erneuerung erhielt über 200 000 Unterschriften. Die Regierung hat bisher aber eine Volksabstimmung nicht veranstaltet.

In Großbritannien bestehen gesetzliche Beschränkungen der Arbeitszeit nur für Frauen und Kinder in Fabriken und Werkstätten. Die Arbeitszeit erwachsener Männer ist nur im Bergbau und gewissen anderen gefährlichen Betrieben durch Gesetz beschränkt.

In Italien fehlt bisher die gesetzliche Regelung. In Belgien wurde der Achtstundentag und die 48-Stundenwoche mit Gesetz vom 14. Juni 1921 eingeführt. In Frankreich mit Gesetz vom 23. April 1919. In beiden Staaten sind viele Ausnahmen zugelassen. Statistische Angaben über die Durchführung des Achtstundentages in diesen Ländern liegen nicht vor.

Korrespondenzen.

Bremen, Versammlung vom 14. März, Dregelius-Hamburg referierte über: Die Aufgaben des nächsten Verbandstages. Der Hauptvorstand habe statutarisch den Verbandstag einberufen, im Vororgan sind aber schon Stimmen lautgeworden, die sich dagegen wenden. Rechner ist auch der Meinung, daß es nicht zweckmäßig sei, den Verbandstag in diesem Jahre abzuhalten, da derselbe uns doch nicht viel Nutzen bringen könnte. Das Statut sei ja reparaturbedürftig, aber das sei nicht so wichtig. Die Hauptfrage sei wohl die Verschmelzung. Redner schloß sich dann eingehend die strittige Frage, zu welcher Industrie die einzelnen Verbände kommen sollen. Er kommt zu dem Schluss: die Verschmelzung sei zu vermeiden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sollte als einheitliche Organisation herangebildet werden, nur das könnte von Vorteil sein. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Die Kollegen Seining, Günter, Knuth und Haupt stimmten Dregelius bei. Die Resolution, den Verbandstag um ein Jahr zu verschieben, wurde einstimmig angenommen. Haupt sprach dann über die Aufstellung eines Kandidaten; man müßte auf alle Fälle gerüstet sein. Niemand empfahl, den Kollegen Haupt aufzustellen. Die Versammlung beschloß so. Haupt berichtete von der Sitzung vor dem

Schlichtungsausschuss. Derselbe hat beschlossen, daß eine weitere Erhöhung der Löhne nicht angebracht sei. Die Vermählung protektierte einmütig gegen diesen Schiedspruch und lehnte denselben ab. Haupt betonte, daß momentan nichts unternommen werden könnte, man müsse den richtigen Zeitpunkt abpassen, um den Kampf aufzunehmen. Niemand berichtete, daß die Verhandlungen bei den Sattlern auch erfolglos waren. In den Schlichtungsausschuss zu gehen, sei zwecklos. Die Meister erklärten, sie würden den Schiedspruch doch ablehnen. In den betreffenden Betrieben ist zurzeit wenig zu tun, deshalb wurde davon Abstand genommen. Anwesend waren 100 Kollegen und 10 Kolleginnen.

Chemnitz, Versammlung vom 17. März. Herr Schuldirektor Richter hielt einen Vortrag über die Bedeutung der Elternratsarbeiten. Ueber die Abhaltung des Verbandstages wurde lebhaft debattiert und beschlossen, der Verbandstag sei auf unbestimmte Zeit zu versetzen, aus bestimmten Gründen die bereits mehrfach im Verbandsorgan angeführt wurden. Die Tapezierer berufen sich auf den in Dresden so schlecht abgeschlossenen Tarif, ihre Löhne müßten drücklich angehört werden.

Aktel, Versammlung vom 19. März. Wiesner berichtet, daß der Lohn für alle Gruppen bis 31. März weiterläuft, die Verhandlungen sind gescheitert. Auch die Verhandlungen betreffs Werkzeuggeschädigung sind gescheitert. Krüger erstattet die Abrechnung über die Erwerbslosenkasse. Es wird beschlossen, die Kasse fortbestehen zu lassen in Anbetracht der zu erwartenden Arbeitslosigkeit. Als Kandidat für den Verbandstag wird Wisner aufgestellt. Die Zeitung muß jeder Kollege selbst beim Postamt bestellen. Der Kassierer erstattet den Abrechnungsbetrag zurück. Mit dem Betrag von 5000 Mk. erwirbt der Verband einen Anteil am gemeinnützigen Beerdigungsinstitut. Die Entscheidung für den Vorstehenden und Kassierer wird auf je 5000 Mk. pro Quartal festgesetzt. Die Kartelldelegierten erhalten 300 Mk. zur Sitzung.

Schleich.

Schnitzberg i. Pr. Versammlung vom 8. März. Mannert berichtet über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die in der letzten Mitgliederversammlung gerügten Mißstände hatten sich zum größten Teil als unwar erwießen, die Kollegen sollen doch in dieser Beziehung vorsichtiger sein. Bewer berichtet vom Kartell, daß die Beiträge erhöht werden müssen. Der 1. Mai soll durch Arbeitsruhe gefeiert werden. Der Selbstbeitrag beträgt 100 Mk. Das Kartell hat beschlossen, daß für die Aufrechterhaltung jedes Mitglieds einen Stundenlohn zu geben hat. Der Verbandbeitrag wird auf 1000, 800, 700 und 600 Mk. festgesetzt. Der Vorkaufschlag wird auf 100 Mk. der Beitragsbeitrag auf 12 Mk. festgesetzt. Zum Verbandstag wird beschlossen, daß derselbe um ein Jahr zu versetzen ist.

Otto Thal.

Wien. (10. 3.) Genosse Eggerts hielt einen sehr interessanten Vortrag über die wirtschaftliche Lage. Derselbe verfuhr auf diesem Gebiete über große Kenntnisse. Der sich mit Wirtschaftsfragen beschäftigt, müsse dies nüchtern und frei von Gefühlsmomenten tun. Während des Krieges hat sich die europäische und amerikanische Industrie riesig entwickelt und darauf eingestellt, die Herr zu verlor. Nach Beendigung mußte sich die Industrie auf die Friedenswirtschaft einstellen, die alten Absatzmärkte zu behaupten suchen und neue erschließen, denn die Kontrakt in den europäischen Ländern ist gesunken. Um den Besitz der Rohstoffe: Kohle, Erz, Petroleum und Öl wird heftig gekämpft. Nationale Grenzen spielen keine Rolle, wenn es sich um kapitalistische Interessen handelt. Amerika kämpft, unterstützt von Frankreich, gegen England um die Vorherrschaft auf dem Petroleummarkt; Dements die Deliquenzen von Russland, die England haben wollte. Frankreich hat mit Oksa-Bohringen riesige Kohlfunde an Erz gewonnen, doch fehlen ihm die nötigen Kohlen und Koks, deshalb die Befestigung des Ruhrgebietes. England sieht sich bedroht durch das gestärkte Frankreich und durch den Verlust seiner Kolonien, sich vom Mutterlande zu lösen. In allen Staaten ist die Industrie bedrängt, ihre Stellung zu befestigen. Stinnes hat es fertiggebracht, in seinen Betrieben die Produktion vom Rohstoff bis zum fertigen Fabrikat zu erfüllen. Er hat mit den Schneider-Treusol-Werken in Frankreich gemeinschaftlich die Burbacher Hütte erworben, außerdem besitzt Stinnes in Argentinien und Chile große Erzfelder und Fabriken. Auch Krupp und andere Großindustrielle haben selber in ausländischen und überseeischen Ländern angelegt. Die deutsche Industrie konnte auf Grund niedrigen Marktwertes und niedriger Löhne mit allen anderen Industrieländern auf dem Weltmarkt konkurrieren. In der ausgeführten Produkte erlösen Gelder wurden zum Teil im Auslande angelegt und im Inlande der Steuer entzogen. Alles trug dazu bei, das deutsche Währungsgegend zu vergrößern. In der Berliner Börse wurde der Dofor längere Zeit um 6000 bis 8000 Mk. höher notiert als im Auslande. Die Bahnen- und Maschinenfabriken haben an Frankreich für 50 Millionen Franken Patente

verkauft. Die Industrie hat kein Interesse an einer Stabilisierung der Mark, sie hilft alle Maßnahmen zu sabotieren. In jüngster Zeit, veranlaßt durch die Befestigung des Ruhrgebietes und der Furcht, daß der Geldbeutel in Gefahr kommt, hat man sich entschlossen, wieder etwas national zu handeln. Die Regierung Cuno sah sich durch den Druck der freien Gewerkschaften gezwungen, eine Stabilisierung der Mark zu versuchen mit Hilfe der Reichsbank. Solche Maßnahmen hätten im Interesse der Allgemeinheit viel früher ergriffen werden müssen. Die Arbeiterchaft muß sich über die Vorgänge auf dem Wirtschaftsmarkt dauernd auf dem laufenden erhalten. Nur durch einiges und geschlossenes Handeln kann sie auf das Endziel hinarbeiten im Interesse der Allgemeinheit. Der Vortrag wurde aufmerksam angehört und fand Beifall. In der Debatte wurde zur Einigkeit aufgefordert. Die Versammlung hätte besser besucht sein können, wir erwarten künftig bessere Beteiligung. Wer sich am Verbandstagen nicht beteiligt, trägt mit bei zur weiteren Verelendung der Arbeiterchaft. Er hat kein Recht, über das Erreichte zu kritisieren.

Die Ortsverwaltung.

Celzig. Die Versammlung am 21. März nahm Stellung zur Abhaltung des Verbandstages. Die Kollegen vermochten den Verhandlungsstoff der Tagung und die zu erwartenden Früchte derselben nicht in Einklang zu bringen mit den hohen Kosten. Grundsätzlich eingestellt auf gesunde Opposition, war sich die Mehrheit bewußt, daß einschneidende Änderungen innerhalb unserer Organisation eintreten müssen, diese jedoch in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise durchüberlegen, ersahen unerantwortlich. Der Verbandstag soll bis zu geklärten Zeiten verschoben werden. Die Angst der Befürworter war beachtlich. Dofede berichtete über den Stand der Lohnbewegungen. Die Unternehmer der Reiseartikelbranche lehnten den nach ergebnislosem Verhandeln gefällten Schiedspruch der Schlichtungskommission, der für März 1550 Mk. Spitzenlohn vorsah, ab. Die Löhne sollen eingetragt werden. Die Tapezierer erreichten durch Schiedspruch 5 Proz. des letzten Februarlohnes auf die 2., 20 Proz. auf die 3. und 4. Märzwoche (1469 bzw. 1670 Mk.).

W. F.

Mannheim. Versammlung vom 15. März 1923. Kollege Benerlein bemängelt den schlechten Besuch. Kollegen Streit berührt die Einteilung der Wahlkreise zum Verbandstag etwas komisch, er ist der Meinung, daß der Verbandstag, der unbedingt stattfinden muß, sich auch nebenbei hiermit zu beschäftigen hätte. Schüle und Wille sind Gegner eines Verbandstages in diesem Jahre, aus den Gründen, wie sie in unserer Zeitung dargelegt sind. Die Notwendigkeit der Abhaltung begründet Gauweiler Gosh. Die Abstimmung erag eine Mehrheit für Abhaltung in diesem Jahr. Wolfberger wird einstimmig als Kandidat in Vorschlag gebracht. Als Delegierter zum Jugendkartell wird Adrian gewählt. D. Knapp.

Ostsch. (Versammlung vom 14. März.) Der Vorstehende bedauert, daß die mehrfach aufgeforderten Kollegen wieder nicht erschienen sind; hoffentlich befinnen sie sich bald auf ihre Pflicht. Das Sitzungsgeld für den Kartelldelegierten wird auf 1000 Mk. festgesetzt; als Delegierter wurde Söhne gewählt. Die Kostbeiträge werden auf 60 Mk. für männliche und 20 Mk. für weibliche Mitglieder festgesetzt.

Bruno Hähnel.

Offenbach a. M. In einer äußerst hart besuchten Vertrauensmänneritzung am 13. März gab Galm einen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und deren Einwirkung auf unsere Industrie, die sich mit einer plötzlich sehr starken Arbeitslosigkeit bemerkbar macht. Unter Abwägung der noch in Kraft befindlichen Bestimmungen der Demobilisierungsvorordnung vom 20. Februar 1920 legt ein Teil der Unternehmer nicht nur die Arbeitslosigkeit herab, sondern sie gehen bereits zu Rindigungen und Entlassungen über, weshalb eine genaue Orientierung dieser Bestimmungen seitens der Kollegen notwendig ist. Galm erläutert die Verordnung, desgleichen die Bestimmungen des Mantelgesetzes in der Lederwarenindustrie. Die instruktiven Ausführungen werden aufmerksam und heifällig aufgenommen. Krüger gibt die Maßnahmen bekannt, welche für die von der Kurzarbeit bzw. gänzlichen Arbeitslosigkeit betroffenen Mitglieder in der Beitrags- und Unterstühtungsfrage in Betracht kommen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Kollegenchaft gewillt ist, auch bei niedrigerer Konjunktur fest zusammenzuhaltten und etwaigen Bestrebungen einzelner Unternehmer, Uneinigkeit und Zerwürfnisse in unsere Reihen zu tragen, entschieden entgegenzutreten und keine Lockerung der Disziplin zuzulassen.

Zum Verbandstag stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß derselbe abgehalten werden muß. Die Einwände der finanzlosen Befestigung können für eine Versetzung nicht ausschlaggebend sein.

NB. Die Lohnverhandlung für die Zeit ab 9. März sind ergebnislos verlaufen. Der Spruch der

Bezirksflichtungs-Kommission vom 14. März, welcher eine Erhöhung von 50 Mt. auf insgesamt 1650 Mt. vorlag, wurde von der Industrie aus Gründen der schlechten Geschäftslage abgelehnt, worauf am 22. März die Bezirksflichtungs-Kommission unter der Befehlung eines anderen, unparteilichen Vorsitzenden eine Entscheidung fällte, welche für die Zeit vom 9. bis 23. März den bisherigen Spitzenlohn von 1600 Mt. festsetzte.

**Siegen (Weffalen).** (20. 3.) Versammlung vom 14. März. Nach einer Aussprache über die neuen Verbandsbeiträge berichtet Klücker aus der Treibriemenbranche über die Stundentöhne der übrigen Berufe und stellte fest, daß alle bedeutend über den Treibriemenen stehen. Die Treibriemer stellten den Antrag, aus der Ortsklasse I in Ia versetzt zu werden, was mit Hilfe der Gewerkschaft und des Magistrats geschehen soll. Das Strafgehalt bei unentschuldigtem Fernbleiben von der Versammlung wird von 100 auf 500 Mt. festgesetzt. Kaffeler und Warburger wünschen, aus der Schlichtungsausschuss ihren Lohn regelt. Das den Verband ausgeschlossen wurde das Mitglied Brenne, das mit seinem Arbeitgeber, Treibriemenfabrikant Scholz, gegen die Interessen des Verbandes gearbeitet hat. Emil Bresewitz.

**Lohnbewegungen und Streiks.**

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ermahnt, vor Arbeitsaufnahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

**Lebwarenindustrie.**

**Dresden-Ostfahen.** Ab 10. bis 16. März 1925 Mt.

**Tapezierergewerbe.**

**Berlin.** (Linoleumleger.) Ab 15. März 1600 Mt., Stopferinnen 1375 Mt., Näherinnen 1275 Mt.

**Baden, Freistaat.** Ab 17. bis 30. März, Ortsklasse I: 1600 Mt., Näherinnen 1170 Mt., II: 1500 Mt. (1125 Mt.), III: 1440 Mt., IV: 1380 Mt., V: 1320 Mt., VI: 1200 Mt.

**Coblenz.** Für März 1933 Mt.

**Ebenloben.** Für März 1450 Mt.

Im Freistaat Sachsen sind die Holzarbeiter ausgesperrt. Die Tapezierer sind in den Orten Chemnitz, Freiberg, Oerlingswalde, Waldheim und Zittau in Einzelbetrieben mit ausgesperrt worden. In Stolp i. P. Streik. Haltet den Zugang zu diesen Orten fern!

**München.** Schiedspruch: Ab 9. März 1680 Mt., Näherinnen 1180 Mt.

**Fahrzeugindustrie.**

**Baun.** Für März 1410 Mt.

**München.** (Wagenbau.) Ab 1. März 1575 Mt.; (Waggonbau) ab 8. März 1940 Mt., 1980 Mt.

**Soziales.**

**Krankentassenwesen.** Die Not der Zeit mit ihrer Auswirkung zieht auch die Krankentassen in Mitleidenschaft. So wurde kürzlich berichtet, daß die Berliner Ortskrankenkasse schon längere Zeit außerstande war, die fälligen Arztgehonorare ausbezahlen. Die Beiträge wurden deshalb Mitte Februar ganz unheimlich hochgeschraubt, so daß besonders die freiwilligen Mitglieder ein gelindes Entsetzen pakt, wenn sie ihre Beiträge bezahlen müssen.

Da berührt es eigenartig, daß uns von den Eingestellten der Berliner Innungs-Krankenkasse der Tapezierer mitgeteilt wird, daß es unter diesen Zeitverhältnissen vorteilhafter für unsere Kollegen sei, wenn sie ihre Mitgliedschaft in dieser Innungs-Kasse möglichst aufrechtzuerhalten suchen, auch wenn sie erwerbslos werden. Die Allgemeine Ortskrankenkasse zahlt z. B. in Stufe 8 ein Krankengeld von 1600 Mt. täglich gleich 12000 Mt. pro Woche. Die Innungs-Kasse zahlt dagegen täglich 1920 Mt. gleich 13440 Mt. pro Woche. Um sich diese Vorteile zu sichern sei es notwendig, daß die Kollegen sich nicht in die Ortskrankenkasse überweisen lassen, sondern im

Falle der Erwerbslosigkeit zur Innungskasse kommen und ihre freiwillige Weiterversicherung erklären, sich einen Betrag ausstellen lassen und diesen der Fürsorgestelle vorlegen.

**Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen in Oesterreich.** Die Heimarbeit, dieses ganz besonders schwer zu kontrollierende Gebiet, das den Arbeitsschutzbestimmungen am leichtesten entzischen kann, hat in Oesterreich in den letzten Jahren eine große Ausdehnung erfahren. Das Hutgewerbe und die Stickerei haben in der Zeit der Salutationen gute Geschäfte gemacht, wobei ihnen billige Arbeitskräfte — die Frauen des ruinierten Mittelstandes — im Ueberfluß zur Verfügung standen. Diese neuen Arbeiterinnen sind so gut wie gar nicht organisiert, stehen abseits von der allgemeinen Lohnbewegung und lassen sich rücksichtslos ausbeuten. Die Organe des Arbeitsschutzes, welche nach der Revolution entstanden sind, suchen die Abschließung der Heimarbeitsverträge zu überwachen, stoßen aber dabei auf große Schwierigkeiten. Eine wirksame Kontrolle über die Arbeitszeit und Entlohnung ist durch die Zersplitterung der Arbeitsstätten ungenuehr erreichbar. Nur eine rege gewerkschaftliche Propaganda unter diesen schiffbrüchigen Neuproletarierinnen wird es ermöglichen, ihr Los zu verbessern und sie aus einem Hemmschuh der Arbeiterbewegung zu ebenbürtigen Kämpferinnen zu machen.

Ein Stilllegungsgezet. Im Reichsarbeitsblatt Nr. 20 vom 31. Oktober wurde ein Befehlswort veröffentlicht, der den Abbruch und die Stilllegung gewerblicher Betriebe regeln will. Das Gezet soll die bis 31. März 1923 verlängerten Verordnungen über diese Materie ersetzen. Wie alle Befehle, die in der Neuzeit fabriziert wurden, ist es ein Gezet, das sehr geeignet erscheint, die mühsam genug errungenen Rechte der Arbeiter gehörig zu beschneiden. Wenn die bisherigen Verordnungen fallen, werden davon vor allem Handwerksbetriebe unter 20 Arbeitern betroffen, für welche ja auch der Entlassungsschutz nach dem Betriebsrätegezet nicht in Frage kommt. Nach der Verordnung vom 8. November 1920 traf die Verordnung nur auf private Bergwerke und Fabrikunternehmen zu, jetzt kommt noch das Transportgewerbe hinzu.

Der Betrieb soll erst stillgelegt werden können, wenn bei weniger als 200 Arbeitern 20 entlassen werden sollen. Ausnahmeweise Beschäftigte und Lehrlinge sollen überhaupt außer Betracht bleiben. Dabei wird der Begriff „vorübergehende Beschäftigung“ auf 6 Monate ausgedehnt.

Die Unternehmer müssen den beabsichtigten Abbruch oder die Stilllegung der Behörde mitteilen, die das Recht hat, alle Roh- und Betriebsstoffe zu beschlagnahmen und anderweit zu verwenden. Angemessene Entschädigung ist zu zahlen.

Wenn der Unternehmer die Anzeige nicht erstattet, kann die Behörde Strafen bis zu 500 000 Mt. und Gefängnis bis zu 1 Jahr verhängen. Daß der Betriebsrat die Anzeige erstatten kann, ist im Gezet nicht vorgesehen, wahrscheinlich hält man das für selbstverständlich. Wenn das Gezet in dieser Form angenommen wird, ist es ein Messer ohne Klinge. In jeder Beziehung ein Wenn-und-Aber-Gezet, das nach Belieben ausgelegt und angewandt oder auch nicht angewandt werden kann. Wenn die Verordnungen fallen und das vorliegende Monstrum wird Gezet, sind, wie gesagt, die Arbeiter in den Kleinbetrieben völlig schutzlos; denn selbst das Betriebsrätegezet gewährt ihnen solchen nicht. Es muß deshalb verlangt werden, daß die Rechte aus den §§ 84 bis 89 B.R.G. auf alle Arbeitnehmer ausgedehnt werden und ein entsprechender Nachtragsgezet geschaffen wird.

**Verbandsnachrichten.**

(Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 1. bis 7. April ist der 14. Wochenbeitrag fällig.

Berlin. Am Sonnabend, den 31. März, wird das Bureau um 1 Uhr mittags geschlossen. Am dritten Osterfeiertag bleibt es den ganzen Tag geschlossen.

Berlin. Der Paritätische Arbeitsnachweis ist vom 1. April an für weibliche Mitglieder geöffnet nachmittags von 1—3 Uhr, Sonnabends von 12—1 Uhr.

Dehmold. Robert Schering, geb. 24. März 1886, unterstügend der Zahlstelle 12 Beitragsarten. Sein Verbandsbuch ist hiermit gesperrt. Wir warnen vor Aufnahme. Die Ortsverwaltung.

Mit den Abrechnungsformularen ist den Verwaltungenstellen die gelbe Berichtskarte für das erste Quartal 1923 zugegangen. Dieselbe ist genau ausgefüllt bis spätestens zum 10. April an uns einzusenden. Stichtag ist Sonnabend, der 31. März. Bei der Wichtigkeit einer umfassenden Aufstellung über die Lage des Arbeitsmarktes ist es Pflicht für jeden Ort, schnell und genau zu berichten. Der Vorstand.

Der unorganisierte Portefeuller Karl Deonhardt, geb. 18. September 1887 in Offenbach, wird beschuldigt, seinen Arbeits- und Schloßkollegen sämtliche Kleidungsstücke entwendet zu haben. Es wird gebeten, die Adresse des Genannten der Kriminalpolizei in Gelsenkirchen mitzutellen oder an Karl Fiederling, Florstr. 95.

Die Ortsverwaltung Bochum schließt sich dem Band der Filiale Essen an die Filiale Beilich i. d. M. in Nr. 11 an, betreffs Unterstützung notleidender Kinder.

Dem Kassierer Oscar Rehnert zu seinem Jubiläum 25jähriger Verbandszugehörigkeit die besten Glückwünsche. Filiale Dortmund.

**Adressenveränderungen.**

Müllrofe. Kassierer Paul Göge, Bahnhof Müllrofe.

Dehmold. Vorsitzender H. Haase, Hermannstraße 17.

**Veranstaltungskalender.**

Berlin. (Wagenbranche.) Mittwoch, den 4. April, abends 7 Uhr, Alexandrinenstr. 44.

Berlin. (Geflechtebranche.) Am Dienstag, den 3. April, nachm. 5½ Uhr, bei Ohngemach, Kommandantenstr. 88.

Chemnitz. Ab 1. April ist unser Verbandslokal Zweinigers Ballsaal, Jakobstraße, Verbandslokal jeden dritten Sonnabend im Monat, nächste am 21. April, abends 7 Uhr.

Kiel. Am 9. April im Gewerkschaftshaus.

Zwickau. Am 20. April, abends 7 Uhr, im Goldenen Becher.

**Sterbefälle.**

Berlin. Am 16. März Friß Bohlen, Tapezierer, im Alter von 41 Jahren.

Am 17. März Sabistaus Lucas, 53 Jahre alt, Treibriemer, 53 Jahre alt.

Am 22. März Rudolf Kuhn, Tischler, 71 Jahre alt.

Braunschweig. Am 21. März Willi Dunkelberg, Sattler, im Alter von 25 Jahren.

Dresden. Eduard Böschmann, Treibriemenfabrikant, im Alter von 57 Jahren.

Hannover. Infolge Unglücksfalls starb am 9. März Heinrich Hermann, Tapezierer, im 34. Lebensjahre.

Humburg. Am 13. März Gustav Dannenberg, im Alter von 36 Jahren.

Zwickau. Eile Woreschke im Alter von 25 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Geldliche Lederwarenfabrik sucht für sofort eine

**erste Baderin**

Aur Prüfung und Beweissichtigung der Baderin. Es kommen nur Bewerberinnen in Betracht, welche mit der Lederwarenbranche bekannt sind. Bewerberinnen wollen sich am 20. und 21. März zwischen 5 und 7 Uhr melden bei

**Wilhelm Lehmann, Berlin-Reinickendorf,**  
Granatenstr. 24.

Für Tabakbeutel farbige, weiche

**Bekleidungs-Lederabfälle**

für die Massenfabrikation. Obige Artikel stets in großen Mengen billig abzugeben. **Alfred Biedermann, Mannheim, K 1, 18.**